



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 107-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.299

Eingereicht am: 02.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Gasser (Ostermundigen, GLP) (Sprecher/in)
Kocher Hirt (Worben, SP)
Michel (Schattenhalb, SVP)
Marti (Scheunen, Die Mitte)
de Meuron (Thun, GRÜNE)
Streiff (Oberwangen b. Bern, EVP)
Zimmerli (Bern, FDP)
Vögeli (Frauenkappelen, GLP)
Baumann (Münsingen, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 05.06.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Erhöhung der Studienplätze im Medizinstudium: Massnahmen zur Stärkung der Fachrichtungen mit nachgewiesenem Fachkräftemangel

Im Kanton Bern besteht ein Fachkräftemangel in der Grundversorgung (Haus-/Kinderarztmedizin, Kinder-, Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Psychiatrie und Psychotherapie), aber auch in anderen Fachbereichen (z. B. Dermatologie). Dies betrifft Patientinnen und Patienten aller Altersgruppen. Es besteht die Tendenz einer weiteren Zuspitzung der ärztlichen Unterversorgung auf kantonaler Ebene sowie national und global. Doch unabhängig von den Prognosen lässt sich die Nachfrage nach haus- und kinderärztlichen sowie kinder- und jugendpsychiatrisch-psychotherapeutischen Leistungen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Leistungen bereits mit den heutigen Ressourcen im Kanton Bern nicht mehr bewältigen.

Wir haben eine Versorgungskrise, welche die Patientinnen und Patienten aller Altersgruppen betrifft. Diese Versorgungskrise belastet Patientinnen und Patienten, Angehörige und involvierte Fachpersonen/-organisationen zusätzlich und generiert hohe sekundäre medizinische wie wirtschaftliche Folgekosten. Wir brauchen mehr Abschlüsse von Studierenden in Humanmedizin sowie ein Umfeld mit attraktiven Arbeitsbedingungen, das dazu beiträgt, dass Studierende nach dem Praxiseinstieg den Beruf als Ärztin/Arzt möglichst lange ausüben und vermehrt Fachrichtungen wählen, in denen wir heute einen Mangel verzeichnen. Die Stärkung der interprofessionellen Grundversorgung und die anzustrebende Erhöhung der Anzahl der Medizinstudierenden an der Universität Bern deckt sich mit nationalen Schwerpunkten der Agenda Grundversorgung (BAG,

2025). Eine intensive Vernetzung zwischen den Berufsgruppen führt zur Verbesserung der Versorgungssituation dies soll bereits im Medizinstudium gelehrt und gelernt werden.

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Der Regierungsrat erhöht die Anzahl der Studienplätze im Medizinstudium an der Universität Bern und stellt finanzielle Ressourcen für die Etablierung und den Erhalt der zusätzlichen Studienplätze Humanmedizin sowie der praxisnahen Ausbildungsformate u. a. in der Grundversorgung sicher. Der Regierungsrat sorgt dafür, dass die Instrumente zur Förderung in der Aus- und Weiterbildung in der gleichen Qualität wie bisher auch bei höheren Studierendenzahlen sichergestellt sind.
2. Der Regierungsrat priorisiert die Fertigstellung der geplanten Infrastrukturprojekte auf dem Insel-Campus, die zur Erhöhung der Studienplätze im Medizinstudium nötig sind.
3. Der Regierungsrat fördert und finanziert innovative Ansätze in der Lehre (insbesondere Aus- und Weiterbildung) und Massnahmen zur Verbesserung, die dazu beitragen, dass die zusätzlichen Medizinstudierenden prioritär Fachrichtungen mit einem nachgewiesenen Fachkräftemangel einschlagen und dort auch tätig bleiben.

Begründung:

Die Universität Bern hat zuletzt 2017/2018 die Anzahl Studienplätze Humanmedizin im 1. Studienjahr von 220 auf 320 und 2022/2023 auf 335 pro Jahr erhöht und ist bezüglich räumlicher und finanzieller Kapazitäten am Limit. Nach wie vor wird ein Teil der Lehre in Provisorien erbracht (z. B. im Renferhaus, ehemaliges Areal Zieglerspital oder Vorlesungen in einem ehemaligen Kino), und allgemein wird die Lehre durch die infrastrukturellen und personellen Kapazitäten beschränkt. Die geplanten Gebäude (z. B. Ausbildungsgebäude Medizin auf dem Insel-Campus) müssen möglichst zeitnah erstellt werden.

Damit in der dringend notwendigen Kapazitätserweiterung bei den Medizinstudierenden auch die Ausbildungsqualität erhalten und gestärkt werden kann, braucht es zusätzliche finanzielle Mittel für die vom Fachkräftemangel bedrohten Fachgebiete an der Universität Bern und hochwertige, praxisnahe Ausbildungsformate – wie beispielsweise Praktika in der Grundversorgung (Kinder-/ Hausarztmedizin, Kinder-, Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Psychiatrie und Psychotherapie). Denn Praktika tragen entscheidend dazu bei, Medizinstudierende für eine Tätigkeit in der Grundversorgung oder in anderen unterversorgten Fachgebieten zu begeistern und langfristig zu gewinnen. Von zentraler Bedeutung ist zudem, dass die in den letzten Jahren erfolgreich etablierten sowie auch künftig geplante Massnahmen zur Förderung der hausärztlichen Aus- und Weiterbildung auch mit höheren Studierendenzahlen sichergestellt bleiben und in der bewährten Qualität weitergeführt werden. Dazu gehören insbesondere die obligatorischen Hausarztpraktika, die Praxisassistentenprogramme sowie verschiedene Coaching- und Mentoring-Instrumente. Diese Begleitmassnahmen sind essenziell, um dafür zu sorgen, dass ausreichend viele Studierende für die stark unterversorgte Fachrichtung der Allgemein-Inneren Medizin gewonnen werden können. Die bisherigen Massnahmen in diesem Bereich haben sich bewährt und dürfen durch eine Erhöhung der Studierendenzahlen nicht aus z. B. Kapazitäts- oder finanziellen Gründen ausgedünnt werden.

Neben der Erhöhung der Medizinstudienplätze gilt es, im ganzen Kontinuum von der Ausbildung bis zum Praxiseinstieg Anreize für eine ärztliche Tätigkeit in der interprofessionellen ambulanten Grundversorgung zu setzen und diese vielfältigen, anspruchsvollen, interessanten Fachbereiche den Medizinstudierenden näherzubringen, um ihr Interesse zu wecken. Dies ist essenziell, denn die stark unterversorgte Grundversorgung im Kanton braucht mehr ärztlichen Nachwuchs in der

Allgemeinen Inneren Medizin (Hausarztmedizin), Kinder- und Jugendmedizin, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Psychiatrie und Psychotherapie.

Es gilt daher, die ambulante Grundversorgung und die berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit bereits in der ärztlichen Aus-, Weiter- und Fortbildung zu fördern. Durch die Stärkung der interprofessionellen ambulanten Grundversorgung steigt deren Attraktivität und können die Nachwuchsförderung intensiviert und die Versorgung verbessert sowie langfristig teure Hospitalisationen vermieden werden. Die Medizinische Fakultät der Universität Bern hat hierzu bereits erste Ideen für die Umsetzung entwickelt.

Aufgrund der zunehmenden Unterversorgung in weiteren Fachgebieten (wie beispielsweise der Dermatologie) sind auch Massnahmen zur Unterstützung dieser Fachgebiete zu treffen. Weiter müssten die Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte so weit verbessert werden, dass diese nach Abschluss des Studiums möglichst lange praktisch im Beruf arbeiten. Schliesslich hat die medizinische Fakultät die Prävention und Gesundheitsförderung als eine Priorität ihrer Strategie 2030 deklariert und 2023 den weltweit ersten universitären Studiengang zur Förderung der psychischen und neurologischen Gesundheit (CAS in Brain Health) ins Leben gerufen. Aufgrund der hohen und zunehmenden Last der mentalen und neurologischen Erkrankungen (Hirnerkrankungen wie Demenz, Depression, Schlaganfall, Migräne und Schlafstörungen betreffen heute mehr als ein Drittel der Bevölkerung) sind innovative, integrierte und ganzheitliche Ausbildungsangebote (mit einem Schwerpunkt auch in der Gesundheitsförderung und Prävention) wichtig. Die Gesundheitsförderung ist dazu passend eine der strategischen Prioritäten der Strategie 2030 der Medizinischen Fakultät der Universität Bern.

Begründung der Dringlichkeit: Aufgrund des ärztlichen Fachkräftemangels vor allem auch in der Grundversorgung, brauchen wir dringend und zeitnah mehr Studienplätze im Medizinstudium, inklusive hochwertiger, praxisnaher Ausbildungsformate in der Grundversorgung sowie eine Intensivierung der Nachwuchsförderung in der interprofessionellen – berufsgruppenübergreifenden – Grundversorgung, bereits ab Stufe des Medizinstudiums. Ausserdem finden Teile des Medizinstudiums nach wie vor in Provisorien statt, die nur befristet zur Verfügung stehen. Der Bau der entsprechenden Infrastruktur auf dem Insel-Campus ist deshalb dringlich. Um die notwendige Erhöhung der Studienplätze im Medizinstudium im Kanton Bern umsetzen sowie die dringenden Massnahmen zur Stärkung der Fachrichtungen mit einem nachgewiesenen Fachkräftemangel aufgleisen zu können, müssen die entsprechenden finanziellen Ressourcen eingesetzt werden.

Verteiler

– Grosser Rat